

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

285 (5.12.1913) Erstes Blatt

oder Schwächung. Der Nationalliberale Kölsch muß sich alle Mühe geben, wenn er Offenburg wiedererobern will, und auch dann kann er nur auf einen Sieg über das Zentrum rechnen, wenn er die Unterstützung der Sozialdemokraten erhält. In Zerichow wird die Sozialdemokratie durch die Konservativen hart bedrängt und die Liberalen geben in der Stichwahl die Entscheidung, in Köln-Land kann es unter Umständen ebenfalls zu einer Stichwahl kommen, in der die Nationalliberalen zwischen rot und schwarz zu wählen haben.

Schon mahnen die rechtsstehenden Blätter die Nationalliberalen, ihrer Pflicht zur Staatserhaltung eingedenk zu sein, schon erhalten sie aber auch von dieser Seite beruhigende Versicherungen. In einer Erörterung der Situation in Zerichow und Köln schreibt der Deutsche Kurier:

Hoffentlich gelingt es, das Mandat von Zerichow für die bürgerlichen Parteien zurückzuerobert; das Mandat in Köln-Land wird dem Zentrum wohl erhalten bleiben.

Auf der Rechten und in der schwarzen Mitte braucht man also keinerlei Befürchtungen zu hegen. Die Nationalliberalen wissen was sie sich schuldig sind.

Die bayrischen Ferraufschulen.

Das bayrische Zentrum ist um Agitationsmittel verlegen und hat überdies das Bedürfnis, Opposition gegen sein Ministerium zu mimieren. Darum stiehlt man jetzt dem Hause und dem Lande die Zeit, indem man ebenso überflüssige wie widerliche Religionsgespräche entfesselt. Der harmlose freireligiöse Unterricht wird mit wilden Schwärmungen verfolgt und seine Unterdrückung gefordert. Hertling hat schon halb und halb sich den Befehlen Bichlers gefügt, während der Kultusminister noch einige juristische Bedenken wegen der verfassungsmäßig gesicherten Gewissensfreiheit hatte.

In seiner dreistündigen Rede überprüfte der Zentrumsabgeordnete Held sogar noch den Dr. Bichler. Seine Betrachtungen über die West des Neu-Malthusianismus leiteten zur Hauptsache über zu einer ultramontanen Sekrede größten Kalibers. Die Univeritätsprofessoren müssen katholischer sein. Die Benachteiligung der Katholiken namentlich in Erlangen und München muß ein Ende haben. Ein Katholik muß ebenso gut behandelt werden wie jeder beliebige Hypothekensabrikant. Vor allem aber der freireligiöse Unterricht! Der ist der Untergang des Staats. Dagegen müssen die Kinder geschützt werden. Geld besorgte eine ausgiebige Reklame für die Schriften des freireligiösen Lehrers Horneffer, aus denen er lange Zeit Stellen klaubte. Schließlich fand er das erlösende Wort, daß bereits in Bayern Ferraufschulen blühten. Womit es denn nur noch eine Frage der Zeit ist, wann die Herren Bichler und Held den bayrischen Ferrauf, Horneffer, dem Ministerpräsidenten von Hertling zur standrechtlichen Hinrichtung überliefern werden. Die schwarzen Herrschaften fühlen sich. Was für Jaberer der Zeitschrift von Fortner ist, das ist auf dem bayrischen Erzgericht des Geistes Herr Held. Mit aufgepflanztem Seitengewehr läßt er seine Soldaten gegen den lachenden Unglauben los und kümmert um Verfassung, Gesetz und Gewissensfreiheit.

Ausland.

Holland.

Die „rote Woche“ in Holland. Die holländische Sozialdemokratie hat, um die Wahlniederlage im dritten Amsterdamer Kreis weitzumachen, eine „rote Woche“ veranstaltet, die das erfreulichste Resultat zeitigte. Nach sind erst von 150 der 400 Ortssektionen die Gewinne bekannt, nach wird die Arbeit fortgesetzt und schon ist bekannt, daß mehr als 3000 neue Parteimitglieder und fast 2500 Abonnenen für das Zentralorgan gewonnen sind. So hat Amsterdam fast 900 neue Mitglieder erhalten, Haag mehr als 400 ufo. Dabei macht Rotterdam z. B. die Arbeit erst in der nächsten Woche. Der Zweck, allen Gegnern zu zeigen, daß die Partei durch die letzte Schlappe nichts von ihrer Energie eingebüßt hat, ist glänzend erreicht. Voraussetzlich wird die Partei ihren Mitgliederbestand um ein ganzes Fünftel vermehren.

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

3 (Hortsetzung.) (Nachdr. verb.)

Die beiden Helfershelfer von Tausch nahmen mich zwischen sich, während er selbst mit Margot u. Puffel ging. Margot schien die ganze Sache komisch zu finden; ich hörte sie hinter mir mit Puffel scherzen. Armes Ding! Sie ahnte nicht, was ihr bevorstand!

Wir gingen die Treppe hinunter, die zur großen Eingangshalle führt. Aus den Beichen des Einverständnisses, die zwischen meiner Estorte und den überall aufgestellten Bahnbeamten gewechselt wurden, merkte ich, daß die sorgfältigsten Vorsichtsmaßregeln getroffen worden waren: die Halle hatte tadellos funktioniert!

Zwei geschlossene Wagen wurden herbeigewinkt: im ersten nahm ich mit den beiden Polizisten Platz, in den zweiten setzten sich von Tausch, Margot und Puffel.

Im unserem Bestimmungsort angekommen, ließ man uns aussteigen, und ich wurde in irgend ein Bureau geführt, in das gleich darauf auch von Tausch kam. Jetzt ließ er endlich die Mäste fallen.

„Ich verhafte Sie hiermit!“ sagte er mit verhaltener Wut, „um endlich Ihren Maximationen als Spion Einhalt zu tun. Nur einen einzigen guten Rat gebe ich Ihnen: gestehen Sie alles und nennen Sie Ihre Mitgeschulden. Das ist das einzige Mittel für Sie, sich zu retten.“

„Wessen Flagt mich an?“

„Das wissen Sie selbst wohl am besten. Wir haben Zeugen.“

„Wirklich? Und wer sind diese Zeugen?“

„Das werde Sie leinzeit schon erfahren.“

„Ich hoffe, daß man mich nicht willkürlich emperrt, und daß man mir sofort Gelegenheit gibt, mich zu verteidigen.“

In diesem Augenblick traten die beiden Polizisten ein, und von Tausch ließ mich von ihnen ausleiden. Als er nichts

Badische Politik.

Die Kreisabgeordnetenwahlen in Mannheim.

Bei der am Mittwoch stattgefundenen Kreisabgeordnetenwahl in Mannheim wurden 616 gültige Stimmen abgegeben. Die liberalen Wähler blieben der Wahl fern; auch fehlten mit Zustimmung der Parteileitung eine Anzahl unserer Partei zugehöriger Wähler. Außer den genannten 616 Stimmen wurden noch 7 Stimmzettel verwechselt und 2 Fettel waren weiß abgegeben. Es haben sich somit 625 Wähler an der Wahl beteiligt.

Als Abgeordnete für die Kreisversammlung wurden gewählt die Genossen: Geiß Anton, Strobel Georg, Süß Friedrich, Arnold Max, Kemmle Adam, Huber Johann, Wötter Richard, Krämer Ludwig, Fröhlich Albin, Klopfer Christian, Allgayer Joseph, Levi Joseph, Weiser Christian, Seemann Richard, Dreißig Julius, Weidner Georg, Reifenberg Tillmann, Lenz Ferdinand, Geil Aug., Wehner Karl, Gaury Peter, Schwarz Bernhard, Wolfgang Georg.

Als Ersatzmänner sind gewählt die Genossen: Gabn Karl, Höflein Georg, Ludwig Reinhold, Dederit Friedrich, Bojch Adolf, Seger Friedrich, Maier Heinrich, Huber Franz, Rug Karl, Roth Johann, Friedlein Michael, Bühler Hans, Schmitz Wilhelm, Baumfuß Heinrich, Krämer Hermann, Schlichter Karl, Seizinger Ludwig, Stephan Konrad, Dörner Magnus, Diehl Fritz, Kiefer Aug., Rißert Jean, Kühlen Gustav.

Insgesamt gehören der Kreisversammlung Mannheim in jetzt an: Genosse Linz als Vertreter aus dem Stadtrat Mannheim, 23 Genossen aus Mannheim-Stadt und 5 Genossen aus dem Landbezirk Mannheim, das sind zusammen 29 sozialdemokratische Kreisabgeordnete. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beläuft sich auf 70. 34 hiervon werden durch Urwahlen vom Volk gewählt und 28 von letzteren stellt die Sozialdemokratie.

Dreihundert Mark Geldstrafe

wurden unserm Parteisekretär Strobel angedroht für den Fall, daß unsere Genossen anlässlich der Abgeordnetenwahlen zur Kreisversammlung im gemeinsamen Spaziergang zum Wahllokal gehen. Wenn er die 300 Mark nicht zahlen kann, dann muß er sechs Wochen brummen. So ist in einem zweiten Bericht des Bezirksamts an das Parteisekretariat zu lesen. Um unsern Lesern zu zeigen, wie so ein Ukas aussieht, sei er hier fein säuberlich hergesetzt:

Mannheim, den 2. Dezember 1913.

Veranstellung eines Aufzugs betr.

In der gestrigen Ausgabe der „Volksstimme“ Nr. 329 ist auf Seite 7 zur Sammlung der Kreisabgeordneten im „Auffenhof“ aufgeführt behufs „gemeinsamen Aufzuges“. Zur Veranstellung des hiermit geplanten Aufzuges ist die gemäß § 7 des Vereinsgesetzes erforderliche Genehmigung weder nachgesehen noch erteilt worden, worauf wir hiermit aufmerksam machen. Außerdem sei darauf hingewiesen, daß bezüglich des in der Urkabe geplanten öffentlichen Aufzuges vom Wehplah nach dem Wahllokal nicht nur die bereits erwähnten Bestimmungen des Pol.Str.G.B., sondern auch die Vorschriften der §§ 7, 19 des Vereinsgesetzes Anwendung zu finden haben. Zuwiderhandlungen würden also mit Geld bis zu 300 Mk. oder Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Gramm.

Was zu sagen ist hierzu, geschah am Mittwoch.

Die blamierten christlichen Tabakarbeiter.

Bei der Haupt- und Stichwahl in Jahr mühten die christlichen Arbeiter den nationalliberalen Stadtrat und Mühlendesther Meyer unterstützen, weil es die Wacker-Laktik so verlangte. Der christliche Bezirksleiter Muder besah den traurigen Mut, überall, wo es ihm möglich war, die Wahlpropaganda der Sozialdemokratie unterbinden zu wollen. Für die Bekämpfung der kapitalistischen Kandidatur Meyer blieb keine Zeit übrig.

Aber nach der Wahl stehen Muder und sein Anhang

da wie die begoffenen Budel. Denn der Verband der unterbadischen Zigarrenfabrikanten hat auf die gute Genehmigung der christlichen Tabakarbeiter bei der Landtagswahl gepiffen und diesen Arbeitern die wahre Natur des Kapitalismus in unterhüllter Form gezeigt. Eine Resolution, welche in der am Sonntag in Jahr stattgefundenen Sitzung des Bezirksvorstandes des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter verlesen worden ist, klärt darüber wie folgt auf:

Die Sitzung nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Ablehnung der Eingabe der unterbadischen Tabakarbeiter von seiten des unterbadischen Zigarrenfabrikantenverbandes. Nach Abwägung aller Umstände muß anerkannt werden, daß die in der Eingabe gewünschte Lohnaufbesserung durchaus berechtigt und notwendig ist. Sie kann die von seiten des Fabrikantenverbandes angeführten Gründe für seine ablehnende Haltung keinesfalls als stichhaltig anerkennen, ja sie ist der Überzeugung, daß es allein der Mangel an gutem Willen und sozialem Verständnis gewesen ist, der die Arbeitgeber zu ihrer ablehnenden Haltung veranlaßt hat. Sie beurteilt diese verkehrte Haltung der Arbeitgeber, da dieselbe nicht dem sozialen Frieden dient, sondern nur einer und zwar berechtigten Unzufriedenheit nützt.

Jetzt auf einmal ist die Unzufriedenheit berechtigt. Als die Sozialdemokratie bei der verfloffenen Wahl das gleiche sagte, da warf ihr die Zentrumspreffe vor, sie wolle bloß hegen. Und die Tabakarbeiter klatschen Weifall, gingen hin und wählten gegen den Arbeitervertreter Monach. So rächt sich an den christlichen Tabakarbeitern bitter, sehr bitter der Verrat an der eigenen Klasse.

Wie wäre es, wenn der „große Sozialpolitiker“ Wader den unterbadischen Tabakarfabrikanten eine Standpaufe halten würde? Aber dazu reicht bei diesem Ignoranten der Arbeiterinteressen nicht. Und obendrein laden ihn die Tabakarfabrikanten noch aus. Mit christlichen Arbeitern werden sie ja leicht fertig; deswegen ihre starkköpfige Haltung den christlichen Forderungen gegenüber.

Eine Nachtragsdenunziation.

Dem „Badischen Beobachter“ ist seine Denunziation der Herren Abgg. Wagner und Gerber noch nicht genug. Er hat noch einen entdeckt, auf den sich seine Denunziation ausdehnen läßt und so verfaumt er auch nicht, diese sofort ans Licht zu ziehen. Er schreibt:

„Nachgetragen sei auch noch, daß auch der nationalliberale Abgeordnete Böler, der für den sozialdemokratischen Vizepräsidenten Geiß stimmte, Oberleutnant der Reserve und zweiter Vorsitzender des Unteren Offiziersvereins des Militärs ist, also darin im gleichen Verhältnis steht, wie die Herren Abg. Wagner und Dr. Gerber.“

Im allgemeinen gilt unter gestitteten Menschen der Grundsatz: das Moralische verleiht sich immer von selbst. Das heutige Zentrum hat diesen Satz auf den Kopf gestellt: bei ihm verleiht sich immer das Unmoralische von selbst.

Man traut seinen Augen kaum,

wenn man im gestrigen „Beobachter“ die Polemik mit dem „Ortenauer Boten“ bezw. dem „Volksfreund“ liest in Sachen Erhöhung der badischen Zivilliste durch Uebernahme des Hoftheaterbudgets auf den Staat oder die Kommune. Mit einer Unberücksichtigung ihresgleichen sucht, behauptet der „Beobachter“ jetzt, daß er in seinem Artikel vom 29. November nicht für, sondern gegen eine Erhöhung der Zivilliste plädiert habe. Wir nahmen schleunigst das Faszikel „Badischer Beobachter“ zur Hand und schlugen den betr. Artikel auf. Hier der Wortlaut:

Von einer Erhöhung der Zivilliste

— so wird uns geschrieben — ist in der badischen Thronrede nicht die Rede. Sie ist also seitens der Regierung nicht geplant, und man darf hoffen, daß auch der Landtag selbst dieses Vorschlags der Theaterarbeiter in Karlsruhe nicht diesen Weg beschreitet. (Der Schluß, daß eine Anforderung wegen der Zivilliste nicht im Etat sei, weil sie in der Thronrede nicht erwähnt ist, ist unrichtig. Die Thronrede sagt selbst, daß sie nicht auf alle Aufgaben des Landes hinweist. Red. des „Beob.“)

Es ist ja allerdings verständlich, daß die Zivilliste, welche seit vielen Jahrzehnten gleich geblieben ist, heute durch die Erhöhung der Gehälter und Löhne — durch die Verteuerung

vern heimkehrt, marschiert mit Musik durch die Straße. Ich höre die dumpfen Tritte der schweren, genagelten Stiefel auf dem Pflaster. Als die letzten Klänge der Trommeln und Pfeifen verhallt sind, bleibt mir nur noch der Klang jenes Kammerkreises meiner kleinen Freundin im Ohr; ich höre ihn wieder und immer wieder während der ganzen schlaflosen Nacht.

Ich sollte das arme Mädchen nicht mehr wiedersehen bis zum Tage der Verhandlung vor dem Reichsgericht in Leipzig, nach sechsmonatlicher Unterjuchungshaft.

(Hortsetzung folgt.)

Der Leutnant Bauernschred.

In der Zeitung steht zu lesen, Daß da jenseits der Vogesen Haus ein junger Leutnant vom Manöver her bekannt. Zeitgenossen jagen ohn' Bedacht Daß er in die Hof' — — — allein, Was er damals hat getan, Doch jetzt niemand etwas an. Doch ist Uriach' dies gewesen, Daß bei jenem Wasgauweien Eben wegen diesem Dred Haus der Leutnant Bauernschred. Seit er damals war malade Kauft er oftmals Chocolate (Aber unter sicher Gut) Wissend: Beides tut ihm gut. Diesem Halbfranzosenpade, Solchen 13 Märterwades Mangel jegliche Manier — — Doch der Preußenoffizier Weiß sie ihnen beizubringen, Daß sie Auekenhümmen singen; Und dann, wenn sie wieder schrei'n, Sinaen nur — „Die Nacht am Wein!“

Verband der... die gute Ge... re Landtags... re Natur des... Eine Reso... ttgefundenen... chandes Chri... darüber wie... ntrnis von der... arbeiter von... bandes. Nach... den, daß die... durchaus be... r seinen des... r seine ab... nerkennen, se... ngel an gutem... er, der die Ar... cht hat. Sie... er, da dieselbe... ur einer und... rechtigt. Als... l das gleiche... le wolle bloß... efall, gingen... eter Monst... n bitter, sehr... tter" Wader... Standaufse... Ignoranten... chten ihn die... n Arbeitern... rköpfige Gal...

des ganzen Lebensaufwandes — so belastet sein mag, daß eine Erhöhung nahe liegt. Allein wenn eine solche nötig ist, so wähle man einen anderen Weg! Man nehme Ausgaben, welche nach bisherigem Brauche von der Zivilliste bestritten wurden, direkt auf die Staats- oder städtische Kasse und lasse solche nicht mehr auf dem Umweg über die Zivilliste decken! — — — Also wenn eine Erhöhung der Zivilliste, die dem schwarzen Artikler „verständlich“ erscheint, da sie sich seit vielen Jahrzehnten gleich geblieben ist, so nehme man die Ausgaben für das Hoftheater (im letzten Jahr zirka 450 000 Mk.), die die Zivilliste verfassungsmäßig zu tragen hat — um die handelt es sich nämlich — direkt auf die Staats- oder städtische Kasse. Wir fragen jeden Schuljungen: Kommt das auf eine Erhöhung der Zivilliste heraus oder nicht? Der „Beobachter“ hat die Unverschämtheit, den „Dr. tenauer Voten“ bezw. den „Volksfreund“ der Lüge zu bezichtigen und zu schreiben: „Wer die Sozialdemokratie kennt, der weiß, daß eine ihrer Hauptaufgaben darin besteht, den Gegner zu verleumden. Hier haben wir ein Beispiel davon. Daß liberale Großblättern auch die dümmsten Verleumdungen der Sozialistenpresse nachschäwen, ist ein Beweis dafür, daß sie nicht bloß in faktischer und politischer Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie leben, sondern auch in moralischer. Das konnte bei dem innigen Freundschaftsverhältnis zwischen beiden nicht ausbleiben.“ Wir bitten die verehrten Blätter, von diesen Feststellungen Notiz zu nehmen, da wahrscheinlich nächster Tage schon die gesamte Notblattpresse in dieser Sache eine einzige Lügengemeinschaft bilden wird, um dem Volk klar zu machen, „dab. Beob.“, das Hauptorgan des Zentrums, der sich schon zweimal gegen eine Erhöhung der Zivilliste ausgesprochen hat, für eine Erhöhung, um sich das Wohlwollen der uns bekannten ja so wie so schon so günstig gestimmten regierenden Kreise zu erwerben. Von der Großblattpresse, die sich offenbar mehr und mehr nach orter-Kautschukischen Grundrissen richtet, ist alles zu erwarten. Um sich mit dem Zentrum in moralischer Hinsicht zu messen, da gehört wahrlich nicht viel dazu. Es gehört schon ein weites Gewissen dazu, jetzt hintennach offensündige Tatsachen einfach wegzulassen und nach dem gegenwärtigen Stande die entsprechende Nutzenanwendung aus dem Vorschlag des Beobachter-Artiklers zieht. Ueber den Begriff „Moral“ setzen wir uns mit der Zentrums-Presse, insbesondere mit einem Blatte von der Qualität des „Badischen Beobachters“ nicht mehr auseinander; das wäre Sijpphusarbeit.

tags verzögern. Wenn jedoch der Landtag, wie dies der Fall ist, erst jetzt einberufen wird, so liegt die Frage anders, da in diesem Falle eine frühere Behandlung nicht möglich ist. Ich will heute nicht ausführlich darauf eingehen, sondern werde bei der allgemeinen Finanzdebatte darauf zu sprechen kommen, worauf ich heute schon hinweise. Finanzminister Dr. Rheinboldt: Meine Meinung ist, daß verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Forterhebung der Steuern nicht vorliegen; nachdem wir ja deshalb hier ein besonderes Gesetz machen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß diese Bedenken bisher nicht vorgebracht wurden. Die gleiche Meinung besteht übrigens auch in anderen Bundesstaaten und im Reich. Abg. Kopf (Zentr.): Vor zwei Jahren wurde die Frage geprüft und wir haben uns überzeugt, daß verfassungsrechtliche Bedenken nicht bestehen. Man kann allerdings verschiedener Meinung über den § 62 der Verfassung sein. Die Schaffung eines besonderen Gesetzes ist einerseits nötig, wenn die ständische Versammlung nicht aufgelöst ist. Man kann sich aber andererseits fragen, ob überhaupt ein besonderes Gesetz nötig ist. Ich glaube, daß man an der bisherigen Lösung festhalten sollte. Abg. Benedek (Fortschr.): Meine Bedenken sind nicht gerichtet, und ich werde bei der allgemeinen Finanzdebatte auf die Frage zurückkommen. Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen. Den Bericht der Geschäftsordnungskommission über die Rechnung der Zweiten Kammer für den Landtag 1911/12 erstattet Abg. Benedek (Fortschr.): Eine eingehende Prüfung der Rechnungen ist bereits durch die Oberrechnungskammer vorgenommen worden. Trotzdem haben wir sie einer weiteren Prüfung unterzogen, wobei wir auch unsererseits zu der Überzeugung gekommen sind, daß eine Beanstandung nicht vorliegt. Die Einnahmen beliefen sich auf 320 367 Mk., die Ausgaben auf 320 000 Mk., so daß ein Rest von 367 Mk. bleibt. An Drucksachen wurden verausgabt 45 748 Mk. gegen 57 903 Mk. im vorletzten Landtag, was eine Ersparnis von etwa 12 000 Mk. ausmacht. Die Geschäftsordnungskommission beantragt, die Rechnung unbeanstandet zu genehmigen. Die Kommission hat mir weiter den Auftrag gegeben, dem Archivariat, besonders dem Herrn Direktor des Archivs, für ihre treffliche Arbeitsführung den Dank auszusprechen; ebenso den Stenographen und dem übrigen Personal. (Beifall.) Präsident Rohrbach: Die Kammer hat sich durch ihre Zustimmung der Anerkennung über den Herrn Bureaudirektor und das Personal angeschlossen. Auch der Kammerpräsident, der auf die Arbeit des Herrn Direktors Roth und des Personals angewiesen ist, schließt sich den Dankworten an und wünscht, daß uns Herr Direktor Roth noch recht lange erhalten bleibt. (Beif.) Die Rechnung wird dem Antrage gemäß genehmigt. Den Bericht der Geschäftsordnungskommission über den Druckvertrag für den Landtag 1913/14 erstattet Abg. Dr. Koch (natl.): Der Druckvertrag ist mit der Druckerei Babenia abgeschlossen worden, die die Arbeit schon lange befolgt. Sie wird sich bei der Herstellung mit einigen anderen Firmen, F. Thiergarten, Friedrich Gutsch, Radlat, Keiff und Ged u. Cie. in Verbindung setzen. Der Druckvertrag ist ähnlich wie früher, abgesehen von einigen unwesentlichen Änderungen. Im Falle unregelmäßiger Lieferungen sind Konventionstrafen vorgesehen. Der diesbezügliche Aufwand im letzten Landtag betrug 32 857 Mk. gegen 50 892 Mk. im vorletzten Landtag. Die Preise sind jetzt um 10 Prozent erhöht worden, was mit der Lohnerhöhung begründet wurde, die 17½ Prozent ausmacht. Auf Erkundigung wurden diese Angaben bestätigt. Die Preissteigerung macht, gleichen Gebrauch vorausgesetzt, 3000 Mk. aus. Die Kammer wird um Zustimmung gebeten. Der Vertrag wird angenommen. Es folgt die Beratung über die von der Regierung eingebrachten Gesetzentwürfe, das Grundbuchwesen betr., die Sicherung des Wohnungsrechts betr., die an die Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen werden. Weiter gehen an die Kommission für Justiz und Verwaltung: die Anträge der Abgg. Dr. Reiter u. Gen., Benedek u. Gen., die Kreiswahlen betr.; der Abgg. Benedek u. Gen., Diekmann u. Gen., die Wahl zur Zweiten Kammer betr.; der Abgg. Roth u. Gen., das Geländeverkehrsrecht betr.; der Abgg. Benedek u. Gen., die Stammgüter betr.; der Abgg. Dr. Koch u. Gen., die Einkommensteuer betr.; der Abgg. Dr. Krauth u. Gen., die Vermögenssteuer der Großhandelsfirmen betr.; der Abgg. Hauser u. Gen., die Gewährung von Erziehungsbeiträgen betr. An die Budgetkommission gehen die Anträge: der Abgg. Seibert und Gen., Benedek und Gen., die Dienst- und Ruhezeit des Eisenbahnpersonals betr.; der Abgg. Roth und Gen., die Arbeiterpensionskassenbeiträge und das Wohnungsgeld der Arbeiter betr.; der Abgg. Benedek und Gen., Roth und Gen., Dietrich und Gen., Reger und Gen., die Notlage der Rebauern und die Herstellung von Hausströmungen betr.; der Abgg. Niederrühl und Gen., die Errichtung eines Submissionsamts betr.; der Abgg. Müller-Eppinger und Gen., die Lindeung der Elementarbeschäden betr.; der Abgg. Fischer und Gen., die Landesbauordnung betr.; der Abgg. Dr. Wagner und Gen., Dr. Reiter und Gen., die Maul- und Klauenseuche betr. (zur gemeinsamen Beratung mit dem Landwirtschaftsbudget); der Abgg. Dr. Franz und Gen., Schäpffe und Gen., das Schulgeld und den Schulaufwand betr. (zur Beratung mit dem Volksschulbudget). An die Kommission für Eisenbahnen und Straßen gehen die Anträge: der Abgg. Ritter und Gen., Aus- und Neubau von Bahnen betr.; der Abgg. Vansichbach und Gen., den Straßenbau und die Staubplage betr. An die Petitionskommission gehen die Anträge: der Abgg. Dietrich und Gen., den Abzug und die Besteuerung des Tabaks betr.; der Abgg. Vansichbach und Gen., die Rechtsanwaltsordnung betr.; der Abgg. Perle und Gen., die Notlage der Schäfwaldbauern und Waldarbeiter betr.; der Abgg. Schäpffe und Gen., das Viehseuchengesetz betr. Einer noch zu bildenden Beamtenkommission werden überwiegen: die Anträge Vansichbach und Gen., die Schaffung von Beamtenauschüssen betr.; der Abgg. Benedek und Gen., Dietrich und Gen., Beamtengehalt und Gehaltsordnung betreffend. Die Wahlprüfungskommission hat sich nunmehr wie folgt konstituiert: 1. Vorsitzender Abg. Kopf (Zentr.), 2. Vorsitzender Abg. Rebmann (natl.), Schriftführer Abg. Kolb (Soz.). Nächste Sitzung: Dienstag, 9. Dezember, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Budgetkommission über die Beratung der Administrativkredite. Schluß der Sitzung 10.50 Uhr.

der Protest gegen die Wahl im Bezirk Donaueschingen an den Abg. Süßkind (Soz.); der Protest gegen die Wahl im Bezirk Offenburg an den Abg. Rebmann (natl.); der Protest gegen die Wahl im Bezirk Sittlingen-Durlach an den Abg. Wittemann (Zentr.). Die Budgetkommission beschäftigte sich in ihrer gestrigen, im Anschluß an die Plenarverhandlungen stattgefundenen Sitzung mit den in den Jahren 1912 und 1913 erteilten Administrativkrediten und erteilte denselben ihre Zustimmung. In Administrativkrediten wurden erteilt an das Ministerium des Innern: zur Lindeung der Not der Weinbauern 90 000 Mk., zur Errichtung eines Radiumemanatoriums in Badenweiler 20 000 Mk.; zur Verbesserung der Wasserversorgung an der Heil- und Pflgeanstalt Wiesloch 16 500 Mk.; zur Verbesserung der Landstraße Nr. 13 bei Söllingen 3022 Mk.; zur Verstärkung zweier Rheinschiffbrücken 32 100 Mk.; zur Pflasterung der Landstraße Nr. 13 bei Durlach 29 500 Mk. Das Finanzministerium beanspruchte einen Administrativkredit von 15 800 Mk. für die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in der Festhalle I in Mannheim; die Eisenbahnverwaltung einen solchen von 1 708 700 Mk. zur Beschaffung von 613 Güterwagen und 145 000 Mk. zur Beschaffung von vier am Rheinquai in Mannheim aufzustellende elektrische Halbtouristen. Die Gesamtsumme der verwilligten Administrativkredite beläuft sich auf 2 060 702 Mk. Die Budgetkommission sprach ihre Bedauern darüber aus, daß die Eisenbahnverwaltung einen so hohen Administrativkredit wie den für die 613 Güterwagen erteilte, obwohl sie Gelegenheit hatte, den im Oktober 1912 noch beifammen gewesenen Landtag von der Notwendigkeit dieser Ausgabe Mitteilung zu machen. Sodann trat die Kommission in die Beratung des Budgets der Heil- und Pflgeanstalten ein. Das Budget wurde genehmigt und dabei dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß dem Wästerpersonal der Heil- und Pflgeanstalten Gelegenheit gegeben wird, in Nichtanwesenheit der Herren Direktoren dem Vizepräsidenten ihre Wünsche und Beschwerden vorzutragen. Die Regierung sagt die Prüfung des Wunsches zu. Der Zaberner Skandal vor dem Reichstage. Niederlage des Reichskanzlers. Am Bundesratstisch sind erschienen: Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, die Staatssekretäre Dr. Bischoff und Dr. Delbrück, sowie Kriegsminister v. Falkenhayn. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Zunächst wird der Gesetzentwurf betreffend die Handelsbeziehungen zum britischen Reich in 3. Lesung ohne Debatte gegen die Stimmen der Konservativen und der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen. Das Haus tritt darauf in die fortgesetzte Besprechung der Interpellationen betreffend die Vorgänge in Zabern ein. Präsident Dr. Kämpf: Ich habe gestern einen Zwischenruf „Unverschämte“ mit einem Ordnungsruf belegt. Aus dem amtlichen Protokoll geht hervor, daß noch andere Zwischenrufe gefallen sind, die ich nicht gehört habe, sonst hätte ich diese rektifiziert. Ich bitte das Haus, die Zwischenrufe, wie sie gestern vorgekommen sind, nach Möglichkeit zu unterlassen. Hierauf nimmt Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg das Wort und führt aus: Der Abgeordnete von Caller hat gestern die Frage an mich gerichtet, wie die Politik in Elsaß-Lothringen weitergeführt werden solle. Ich möchte darauf antworten und noch auf einige andere Angriffe erwidern. Man hat mir vorgeworfen, ich hätte von den Zivilbehörden in Elsaß-Lothringen ganz geschwiegen und das bedeute eine Desavouierung der Zivilbehörden. Mir ist es gar nicht eingefallen, durch dieses Schweigen an der Haltung der Zivilbehörden Kritik zu üben. Es handelte sich jedoch um scharfe Angriffe auf die Militärverwaltung und es verstand sich von selbst, daß ich darlegen mußte, wie die Militärverwaltung ihre Maßnahmen rechtfertigt. Ich ferne auch die Berichte der Zivilverwaltung ganz genau und ich habe ausdrücklich auf den scharfen Widerspruch in der Auffassung der lokalen Militär- und der Zivilbehörden hingewiesen. Ich habe betont, daß für das Verfahren bei der Räumung des Schloßplatzes im Gesech kein Grund zu finden sei. Wie kann man denn unparteiischer urteilen? Ich habe absichtlich leidenschaftlos gesprochen. Ich mußte mir Ruhe auflegen, weil es sich darum handelte, das Lebel nicht zu verschlimmern. Der Reichskanzler muß sich gerade in solchen Fragen eine andere Reserve auferlegen als die Abgeordneten. Ich habe mich im vollen Einvernehmen mit dem Statthalter Graf v. Wedel dafür eingesetzt, daß im Reichslande die jegliche verfassungsmäßige Ordnung eingeführt wurde. Ich habe das nicht getan aus Vorliebe für die demokratische Doktrin, sondern weil ich mir sagte, daß es aussichtslos sei, aus den süddeutschen Reichslanden einen norddeutschen und Preußen machen zu wollen. (Beifall Zustimmung.) Meine Ansicht über die elsässische Verfassung hat sich nicht geändert. Ich wiederhole meinen Appell an die elsässische Bevölkerung, an einer friedlichen Weiterentwicklung mitzuarbeiten und sich durch übertriebene Empfindlichkeit nicht bestimmen zu lassen. Ich lese jetzt jeden Tag, daß die Verfassung schuld sei an den üblen Dingen, die wir erlebt haben. Es ist nicht richtig, aus einem „post hoc“ ein „propter hoc“ zu machen. Haben wir doch vor der Einführung der Verfassung in Elsaß-Lothringen üble Dinge erlebt. Kein Mensch hat erwarten können, daß die Verfassung die Elsaß-Lothringern ohne Erschütterung vor sich gehen kann. Wir dürfen uns also nicht nervös machen lassen und auch in dieser ersten Stunde die Geduld nicht verlieren. Ich nenne diese Stunde ernst, nicht weil ich für meine Stellung fürchte oder wegen der Mißbilligung der Politik, die gestern beantragt worden ist und die Sie heute beschließen werden, sondern ich nenne sie ernst angesichts der Gefahr, daß eine tiefe Kluft zwischen der Armee und dem Volk sich aufreißt. Um das abzuwenden, habe ich auf die Notwendigkeit eines harmonischen Vorgehens zwischen den Militär- und Zivilbehörden hingewiesen. Eine Nebenregierung existiert nicht. Es gibt nur eine Hauptregierung, für die ich dem Kaiser verantwortlich bin. Wenn ich diese Verantwortung nicht mehr tragen kann, so werden Sie mich nicht mehr an dieser Stelle sehen. Die Räumung zum harmonischen Wirken von Zivil- und Militärbehörden ist von der allerobersten Stelle an die Beteiligten gerichtet worden. Was gefehlt worden ist, wird gesühnt werden. Für die Zukunft aber handelt es sich, derlei Verfehlungen zu vermeiden und die Harmonie in Elsaß-Lothringen und Zabern wieder herzustellen. Und das kann nur geschehen durch Gesech und Recht. (Nach Schluß der Rede erscholl lebhafter Beifall rechts, worauf die Linke mit Rufen antwortete.) Abg. Rogalla v. Wierstein (Konf.): Auch wir wünschen dringend, daß der Kontakt zwischen den Militär- und den Zivil-

Badischer Landtag.

4. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 4. Dezember.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Rheinboldt sowie ein Regierungskommissar. Im Eingang befinden sich verschiedene Petitionen, darunter des Vereins bad. Signal- und fahrdienstleitender Weichenswärter, um Verbesserung ihrer Lage, die an die Petitionskommission gehen. Eine Erwiderung des Ortsausschusses der Zentrumspartei Offenburg auf die Proteste gegen die Landtagswahl im 29. Wahlkreis Offenburg-Stadt geht an die Wahlprüfungskommission. Ferner ist eingegangen: der Gesetzentwurf, die Gehaltsordnung betr., der an die Budgetkommission geht; ein Schreiben des Gr. Ministers des Kultus und Unterrichts mit der Nachweisung über die Erwidigung der in den Geschäftskreis dieses Ministeriums einschlägigen Petitionen vom Landtag 1911/12, das an die Petitionskommission geht. Von den Abg. Hauser u. Gen. liegt eine kurze Anfrage vor, ob es richtig sei, daß durch die vorstehende Neuordnung der Gebührenordnung die Zugführer einen Ausfall erleiden. Finanzminister Dr. Rheinboldt beantwortet vor Eintritt in die Tagesordnung die Anfrage dahin, daß die Regierung beabsichtigt, eine Neuordnung der Taggebühren des Zugspersonals vorzunehmen. Eine Benachteiligung ganzer Personalgruppen soll nicht eintreten; insbesondere soll eine Gruppe nicht auf Kosten der anderen geschädigt werden. Ueber das endgültige Ergebnis kann noch keine Mitteilung gemacht werden. Soviel kann jedoch jetzt schon gesagt werden: die Neuordnung wird einen wesentlichen Mehraufwand zur Folge haben und auch das Personal im ganzen wird Vorteil davon haben. Der 1. Punkt der Tagesordnung betrifft die Steuererhebung in den Monaten Januar bis mit April 1914. In diesem bei jedem Landtag wiederkehrenden Gesetzentwurf ist die Erhebung der Steuern nach den seitherigen Sätzen, unter Vorbehalt von etwaigen Veränderungen durch neue Geseche, auf 4 Monate vorgezogen, da mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß das neue Finanzgesetz vorher nicht zustande kommt. Sollte es früher erlassen werden können, so würden die Bestimmungen dieses vorläufigen Steuergesetzes für die etwa überschüssige Zeit der dafür in Aussicht genommenen Geltungsdauer durch das neue Finanzgesetz ersetzt werden. Berichterstatter Abg. Kopf (Zentr.) erstattet hierüber den Bericht der Budgetkommission. Um eine Störung im Fortgang des Staatshaushalts zu vermeiden, bedarf es — wie dies auch bisher immer geschah — eines Gesetzentwurfes, demzufolge die Steuern, die in den Monaten Januar bis mit April 1914 zu einzunehmen sind, nach den zur Zeit geltenden Gesechen und Steuerätzen zu erheben sind, soweit nicht durch neue Geseche Veränderungen verfügt werden. Die Budgetkommission empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfs. Abg. Benedek (Fortschr.): Ich fühle mich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß verfassungsrechtliche Bedenken gegen diese Einrichtung bestehen. Der § 62 der Verfassung über die Forterhebung der alten Steuern nach 6 Monate nach Ablauf des früheren Etats gilt nur, wenn sich die Beratungen des Land-

tags verzögern. Wenn jedoch der Landtag, wie dies der Fall ist, erst jetzt einberufen wird, so liegt die Frage anders, da in diesem Falle eine frühere Behandlung nicht möglich ist. Ich will heute nicht ausführlich darauf eingehen, sondern werde bei der allgemeinen Finanzdebatte darauf zu sprechen kommen, worauf ich heute schon hinweise. Finanzminister Dr. Rheinboldt: Meine Meinung ist, daß verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Forterhebung der Steuern nicht vorliegen; nachdem wir ja deshalb hier ein besonderes Gesetz machen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß diese Bedenken bisher nicht vorgebracht wurden. Die gleiche Meinung besteht übrigens auch in anderen Bundesstaaten und im Reich. Abg. Kopf (Zentr.): Vor zwei Jahren wurde die Frage geprüft und wir haben uns überzeugt, daß verfassungsrechtliche Bedenken nicht bestehen. Man kann allerdings verschiedener Meinung über den § 62 der Verfassung sein. Die Schaffung eines besonderen Gesetzes ist einerseits nötig, wenn die ständische Versammlung nicht aufgelöst ist. Man kann sich aber andererseits fragen, ob überhaupt ein besonderes Gesetz nötig ist. Ich glaube, daß man an der bisherigen Lösung festhalten sollte. Abg. Benedek (Fortschr.): Meine Bedenken sind nicht gerichtet, und ich werde bei der allgemeinen Finanzdebatte auf die Frage zurückkommen. Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen. Den Bericht der Geschäftsordnungskommission über die Rechnung der Zweiten Kammer für den Landtag 1911/12 erstattet Abg. Benedek (Fortschr.): Eine eingehende Prüfung der Rechnungen ist bereits durch die Oberrechnungskammer vorgenommen worden. Trotzdem haben wir sie einer weiteren Prüfung unterzogen, wobei wir auch unsererseits zu der Überzeugung gekommen sind, daß eine Beanstandung nicht vorliegt. Die Einnahmen beliefen sich auf 320 367 Mk., die Ausgaben auf 320 000 Mk., so daß ein Rest von 367 Mk. bleibt. An Drucksachen wurden verausgabt 45 748 Mk. gegen 57 903 Mk. im vorletzten Landtag, was eine Ersparnis von etwa 12 000 Mk. ausmacht. Die Geschäftsordnungskommission beantragt, die Rechnung unbeanstandet zu genehmigen. Die Kommission hat mir weiter den Auftrag gegeben, dem Archivariat, besonders dem Herrn Direktor des Archivs, für ihre treffliche Arbeitsführung den Dank auszusprechen; ebenso den Stenographen und dem übrigen Personal. (Beifall.) Präsident Rohrbach: Die Kammer hat sich durch ihre Zustimmung der Anerkennung über den Herrn Bureaudirektor und das Personal angeschlossen. Auch der Kammerpräsident, der auf die Arbeit des Herrn Direktors Roth und des Personals angewiesen ist, schließt sich den Dankworten an und wünscht, daß uns Herr Direktor Roth noch recht lange erhalten bleibt. (Beif.) Die Rechnung wird dem Antrage gemäß genehmigt. Den Bericht der Geschäftsordnungskommission über den Druckvertrag für den Landtag 1913/14 erstattet Abg. Dr. Koch (natl.): Der Druckvertrag ist mit der Druckerei Babenia abgeschlossen worden, die die Arbeit schon lange befolgt. Sie wird sich bei der Herstellung mit einigen anderen Firmen, F. Thiergarten, Friedrich Gutsch, Radlat, Keiff und Ged u. Cie. in Verbindung setzen. Der Druckvertrag ist ähnlich wie früher, abgesehen von einigen unwesentlichen Änderungen. Im Falle unregelmäßiger Lieferungen sind Konventionstrafen vorgesehen. Der diesbezügliche Aufwand im letzten Landtag betrug 32 857 Mk. gegen 50 892 Mk. im vorletzten Landtag. Die Preise sind jetzt um 10 Prozent erhöht worden, was mit der Lohnerhöhung begründet wurde, die 17½ Prozent ausmacht. Auf Erkundigung wurden diese Angaben bestätigt. Die Preissteigerung macht, gleichen Gebrauch vorausgesetzt, 3000 Mk. aus. Die Kammer wird um Zustimmung gebeten. Der Vertrag wird angenommen. Es folgt die Beratung über die von der Regierung eingebrachten Gesetzentwürfe, das Grundbuchwesen betr., die Sicherung des Wohnungsrechts betr., die an die Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen werden. Weiter gehen an die Kommission für Justiz und Verwaltung: die Anträge der Abgg. Dr. Reiter u. Gen., Benedek u. Gen., die Kreiswahlen betr.; der Abgg. Benedek u. Gen., Diekmann u. Gen., die Wahl zur Zweiten Kammer betr.; der Abgg. Roth u. Gen., das Geländeverkehrsrecht betr.; der Abgg. Benedek u. Gen., die Stammgüter betr.; der Abgg. Dr. Koch u. Gen., die Einkommensteuer betr.; der Abgg. Dr. Krauth u. Gen., die Vermögenssteuer der Großhandelsfirmen betr.; der Abgg. Hauser u. Gen., die Gewährung von Erziehungsbeiträgen betr. An die Budgetkommission gehen die Anträge: der Abgg. Seibert und Gen., Benedek und Gen., die Dienst- und Ruhezeit des Eisenbahnpersonals betr.; der Abgg. Roth und Gen., die Arbeiterpensionskassenbeiträge und das Wohnungsgeld der Arbeiter betr.; der Abgg. Benedek und Gen., Roth und Gen., Dietrich und Gen., Reger und Gen., die Notlage der Rebauern und die Herstellung von Hausströmungen betr.; der Abgg. Niederrühl und Gen., die Errichtung eines Submissionsamts betr.; der Abgg. Müller-Eppinger und Gen., die Lindeung der Elementarbeschäden betr.; der Abgg. Fischer und Gen., die Landesbauordnung betr.; der Abgg. Dr. Wagner und Gen., Dr. Reiter und Gen., die Maul- und Klauenseuche betr. (zur gemeinsamen Beratung mit dem Landwirtschaftsbudget); der Abgg. Dr. Franz und Gen., Schäpffe und Gen., das Schulgeld und den Schulaufwand betr. (zur Beratung mit dem Volksschulbudget). An die Kommission für Eisenbahnen und Straßen gehen die Anträge: der Abgg. Ritter und Gen., Aus- und Neubau von Bahnen betr.; der Abgg. Vansichbach und Gen., den Straßenbau und die Staubplage betr. An die Petitionskommission gehen die Anträge: der Abgg. Dietrich und Gen., den Abzug und die Besteuerung des Tabaks betr.; der Abgg. Vansichbach und Gen., die Rechtsanwaltsordnung betr.; der Abgg. Perle und Gen., die Notlage der Schäfwaldbauern und Waldarbeiter betr.; der Abgg. Schäpffe und Gen., das Viehseuchengesetz betr. Einer noch zu bildenden Beamtenkommission werden überwiegen: die Anträge Vansichbach und Gen., die Schaffung von Beamtenauschüssen betr.; der Abgg. Benedek und Gen., Dietrich und Gen., Beamtengehalt und Gehaltsordnung betreffend. Die Wahlprüfungskommission hat sich nunmehr wie folgt konstituiert: 1. Vorsitzender Abg. Kopf (Zentr.), 2. Vorsitzender Abg. Rebmann (natl.), Schriftführer Abg. Kolb (Soz.). Nächste Sitzung: Dienstag, 9. Dezember, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Budgetkommission über die Beratung der Administrativkredite. Schluß der Sitzung 10.50 Uhr.

Die Wahlprüfungskommission

hält heute Freitag früh ihre erste Sitzung ab. Die Referate über die angefochtenen Wahlen wurden wie folgt verteilt: Der Protest gegen die Wahl im Bezirk Wehrich-Stodach an den Abg. Benedek (Fortschr.); der Protest gegen die Wahl im Bezirk Singen-Konstanz an den Abg. Kolb (Soz.);

den Menschen der... von selbst... Kopf gestellt... lische von... Polemik mit... Volksfreund... en Zivil... auf den... vorenheit, die... t jetzt, daß... t für, son... lädiert habe... badischer Be... Artikel auf... en Chronrede... nicht ge... ntag selbst... rkehrung nicht... eine Anforde... e in der... rrede... Landes hin... willite, welche... e durch die... rteilung... Straße. Ich... elten Stiesel... ommeln und... Klang jenes... r; ich höre... en schlaflosen... wiedersehen... chsgericht in... ed.

behörden wieder hergestellt wird. Trotzdem wird eine Kritik an der Haltung der Zivilbehörden notwendig sein. Ein „dieser“ wird der gestrige Tag nicht sein. Wenn ja, so hat Herr Rehrenbach dazu beigetragen. (Unruhe im Zentrum.) Ich erkläre, daß wir das inoffizielle Verhalten des Leutnants v. Forstner in der Instruktion selbstverständlich nicht verteidigen. Es ist aber nicht angängig, daß Herr Reihotes die Offiziere durch die Bezeichnung als Hochverräter beleidigt. (Bravo! recht.) Den Rekruten stand das Beschwerderecht offen. Remedur ist auch eingetreten. Die Höhe der Disziplinarstrafen mitzuteilen, war der Kriegsminister nicht berechtigt. Die Disziplin muß unter allen Umständen gewahrt werden. Das Gegenteil davon wäre ein gefundenes Fressen für die Sozialdemokraten. (Unruhe und Zurufe links.) Als das Militär bei der Säuberung des Platzes einschritt, war die Polizei vorher befragt worden. Schon Wismar sagte: „Den preussischen Leutnant macht uns niemand aus!“ (Hoffentlich! Red. v. Volkst.) Ob das Militär immer richtig gehandelt hat, will ich nicht entscheiden. Wären besonders die Lokalbehörden rechtzeitig auf dem Posten gewesen, so wäre alles liebe nicht passiert. Wir erwarten, daß die Armee die Disziplin aufrecht erhält und ihre Stellung in Elsaß-Lothringen wahr. Dann wird die große Mehrheit des Volkes und der besonnenen anständigeren Teil der Elässer hinter ihm stehen. (Beifall rechts.)

Hg. v. Traupenski (Volk): Die Vorfälle sind Auswüchse eines Systems, von dem wir mehr reden können, als alle anderen Parteien. Die leichtfertige Äußerung v. Forstners ist betrüblich, aber nicht weiter schüttern. Das Traurige ist nur das Verhalten der Militärbehörden. Sie hat gleich eine Anzahl von Soldaten verhaften lassen in der Hoffnung, den Schuldigen herauszubekommen. Wir wollen, die wir von dem Staat und der Regierung so ungerecht behandelt werden, können an die Rechtsgrundzüge des Staates nicht glauben.

Hg. Frhr. v. Camp (Möpst.): Das Verfehlen des Leutnants v. Forstner, der über den Regimentsbefehl quitiert hat, hätte schneller erkannt und gesühnt werden müssen. (Sehr richtig!) Man hätte uns viel Sorgen und Aufregung erspart, wenn sofort Remedur eingetreten wäre. Bei der Schilderung der Vorgänge im Reichstag gestern hat man es an dem nötigen Ernst fehlen lassen. Unmöglich hat sich ein großer Gegensatz zwischen Zivil und Militär herausgebildet. Die Zivilbehörde war nicht genügend auf dem Posten. Die Behandlung der Verhafteten war unpassend. Einen sehr eigentümlichen Eindruck machte es, daß ein Generalmajor zur Verhandlung nach Zabern geschickt worden ist und nicht ein Vertreter der Zivilverwaltung. Den Standpunkt Herrn Callers, daß in Elsaß-Lothringen alles zusammengebrochen ist, was in nationalem Sinne erreicht worden ist, teilen die meisten Elässer und auch wir nicht. Wir wünschen alle, daß die Reichslande möglichst bald und möglichst innig mit dem Deutschen Reich verbunden werden. (Beifall.)

Präsident Dr. Kämpf macht darauf aufmerksam, daß in der Annahme, daß die Besprechung heute beendet wird, noch heute namentliche Abstimmung stattfindet.

Hg. Weill (Soz.): Der Reichskanzler hat heute seiner gestrigen Rede noch einige Erläuterungen folgen lassen und das ist begrifflich. Die Stimmung, die gestern herrschte nach den Ausführungen des Reichskanzlers und des Kriegsministers, konnten den Reichskanzler gar nicht darüber im Zweifel lassen, wie die überwiegende Mehrheit der Volksvertretung über seine geradezu unjüngliche Politik denkt. (Sehr richtig!) Der Kriegsminister hat sehr klar und deutlich gesprochen, daß ein Mißverständnis nicht aufkommen konnte und der Reichskanzler hat sich heute an die Seite des Kriegsministers gestellt und damit hat er seine übrigen Darlegungen illusorisch gemacht. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler hat sich solidarisch erklärt mit einer Auffassung, die doch gestern im ganzen Hause mit Entrüstung zurückgewiesen wurde. Ich glaube deshalb nicht, daß die Rede des Reichskanzlers einen großen Einfluß ausüben kann auf die schwankenden Gestalten, die sich zurzeit im Saale nicht aufhalten. (Große Heiterkeit.) — Gemeint sind die Nationalliberalen, die den Saal verlassen haben. Was wir heute erleben haben, dürfte auch diejenigen, von denen wir keine übermäßige Festigkeit gewohnt sind, zwingen, an dem Standpunkt festzuhalten, den sie gestern zum Ausdruck brachten. Wir auf der äußersten Linken des Hauses waren erfreut über das, was wir gestern zu hören bekamen. Von der politischen Begabung, oder freibeitlichen Stimmung des Kriegsministers haben wir keine übertriebene Meinung, aber was uns gestern geboten worden ist, darauf war keine gefaßt. (Sehr richtig! links.) Konnten wir einen solchen Mangel an Selbstgefühl bei einem bürgerlichen Staatsmann vermuten, wie wir es beim Reichskanzler erleben mußten? Der Reichskanzler hat uns gezeigt, wie er sich die Harmonie zwischen dem Militär und der Zivilverwaltung denkt. Diese Harmonie ist weiter nichts als

Abkantung der Zivilverwaltung zugunsten der Heeresverwaltung.

(Lebhafte Zustimmung links.) Ueber die Schuldfrage will ich mich nicht mit der Regierung freileben. Aber festzustellen sind die Konsequenzen. Man muß feststellen, daß die gestrige Rede des Reichskanzlers in volstem Widerspruch zu seiner Erklärung steht, in der er sich zur Verantwortung der Interpellation bereit erklärte. Der Ton hat dabei die Wut gemacht. Zwischen dieser Erklärung vom Montag und von gestern liegt die Unterhaltung, die in Donaueschingen geführt worden ist. Man wird im Volke zu der Meinung kommen, daß der Reichskanzler nicht nur zurückgewichen ist vor der Militärdiktatur, sondern auch vor dem Militärkabinett. Man wird im Volke glauben, daß das Lösungswort in Donaueschingen ausgegeben worden ist. Zugezogen wurden in Donaueschingen der Kriegsminister und der Chef des Militärkabinetts, nicht zugezogen der Mann, der allein verantwortlich ist für die Reichspolitik. (Lebhafte Zustimmung.) Es war eine willenslose Kapitulation. Was von einem selbstbewußten Leiter der Reichspolitik hätte erwartet werden können, war, daß er vor seinem Herrn hintrat und sagte: Das befolge ich. Entweder, so hätte er sagen müssen, wird eine andere Politik gemacht, oder ich gehe. (Sehr richtig! links.) Das Militärregime ist siegreich geblieben. Wie kennzeichnend sind auch die Worte in einer der glücklichen Reden des Kriegsministers. (Große Heiterkeit.) Er meinte, das beste an Herrn Reimling sei, daß er noch so wäre wie früher. Der Kriegsminister freut sich darüber, daß Herr v. Reimling immer noch die diktatorischen Anschauungen vertritt, wie man sie im Reichstag kennen gelernt hat. Gestern nannte der Reichskanzler seinen Bericht objektiv, der auf Mitteilung des Generals v. Reimling beruht und der Widerspruch gefunden hat von der gesamten Bevölkerung. Warum haben wir keine Kenntnis bekommen von den Zaberner Berichten? Der Kriegsminister hat sich auf das „Zaberner Tageblatt“ bezogen. Dieses Blatt war bisher keinem Abgeordneten bekannt. Es ist weiter nichts als der Blöger eines in Neßl erscheinenden Blattes. Der Kriegsminister hat weiter die Schuld geschoben auf lärmende Tumultuanten und heberische Pressorgane. Die Elsaß-Lothringische Presse hat ohne Unterbrechung der Parteirichtungen auf diese unerhörten Mißstände hingewiesen. Es kann nicht gebildet werden, daß

in diesem schnöbdrigen Ton die Verantwortung abgelehnt wird. (Lärm rechts. Der Redner wird zur Ordnung gerufen, was Beifall auf der Rechten und daraufhin Heiterkeit auf der Linken hervorruft.) In einem solchen Tone kann die Verantwortung nicht abgewälzt werden.

Das Einverständnis mit dem Grafen v. Wedel scheint jetzt nicht mehr zu bestehen. Es bezog sich nach der Rede des Reichskanzlers auf die Zeit der Verfassungsreform. Es wurde von dem Reichskanzler zwar abgeschwächt zugegeben, aber in welcher Tonart, daß militärischerseits Fehler begangen worden seien, und er hat auch Sühne angekündigt. Wenn er das gestern getan hätte und die Kriegsministerrede nicht gewesen wäre, dann wäre seine Erklärung vielleicht erstens aufgenommen worden. Eine glatte Beurteilung des Vorgehens des Militärs haben wir aus dem Munde des Reichskanzlers noch nicht gehört, immer neue Entschuldigungen usw. haben wir zu hören bekommen. Das ist charakteristisch, charakteristisch für das Prätorianertum der Offiziere, die sich als die Führer der Nation betrachten. Es ist hohe Zeit, daß die Bürger sich aufrufen und ihre Ehre höher einschätzen als den militärischen Ruf. (Zustimmung.) Es ist schon über das verhängnisvolle Unheil gesprochen worden, das die Worte des Reichskanzlers und des Kriegsministers wie der ganze Vorgang in Zabern überhaupt in der Elsaß-Lothringischen Politik anrichten mußten. Der Entwicklungsprozeß schien vor einer Reihe von Jahren so gut wie vollzogen. Die Bevölkerung hatte sich zum Anstich an das deutsche Reich entschlossen, heute ist das nicht mehr der Fall. Erbitterung und Zorn ergreifen die einheimische Bevölkerung, und es gehört eine große Selbstbeherrschung dazu, nicht die weitestgehenden Konsequenzen aus der Haltung der Regierung zu ziehen. Die Pflicht des Reichstages ist klar und deutlich. Wir haben vernommen müssen, mit welcher Geringschätzung der Reichskanzler vor dem Mißtrauensvotum sprach, mit derselben Geringschätzung, mit der das Militär der Zivilbevölkerung gegenübersteht. Das Parlament hat in Deutschland die Macht nicht, den Reichskanzler durch ein solches Votum zu stürzen. Aber das Ansehen des Kanzlers ist durch die Angelegenheit und durch seinen heutigen mißwärtigen Verteidigungsbericht erschüttert worden bei der überwiegenden Mehrheit des Volkes. (Sehr richtig!) Wenn er das Mißtrauensvotum nicht fälscht, das Volk wird wissen, wie es die Reichspolitik einzuschätzen hat. Der Reichstag wird sich auch zu wehren müssen, er wird zeigen, daß er zwar Macht hat, um sie auszuüben gegen die Regierung. Die Staatsberatung gibt die Möglichkeit, die verfassungsmäßigen und geschäftsbearbeitungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen, mit deren Hilfe die Regierung gesteuert werden kann, dem Volke den Tribut zu leisten. Ich hoffe bestimmt, daß die Mehrheit, die gestern von dieser tiefen Entrüstung ergriffen worden ist, gewillt ist, mit uns den Kampf zu führen. Es handelt sich jetzt nicht mehr einfach um die Autorität des Heeres und das Selbstgefühl der Militärdiktatur. Wir haben im Reichstage

die Autorität der Volksvertretung und das Selbstgefühl des Volkes zu wahren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Haas (B. Vpt.): Anstatt zu beruhigen, hat der Reichskanzler die Vorgänge beschönigt. Er besitzt nicht mehr das Vertrauen des Volkes. Er sollte nicht bloß der oberste Beamte Deutschlands, sondern der Hüter der Rechte und Gesetze des Volkes sein. Trotz dieser Parteigegebenheiten stand das ganze Volk hinter der Rede Rehrenbachs. Es handelt sich hier nicht allein um das Interesse Elsaß-Lothringens, sondern um das Interesse und die Würde Deutschlands vor dem Ausland. Der Reichskanzler meint, des Kaisers Ruf müßte unter allen Umständen respektiert werden. Nein, respektiert werden muß auch der Bürger. Man spricht so viel von dem Ehrgefühl des Offiziers. Wenn aber das Ehrgefühl des Bürgers beleidigt wird, so behandelt man das als Bagatel. Zentrum, Fortschrittler, Nationalliberaler und auch die Sozialdemokraten haben immer gearbeitet an der Befreiung der Gegenstände in Elsaß-Lothringen. Die Militärverwaltung hat in ihrem Verhalten gegen die Vorschriften des Strafrechtes und die Vorschriften über die Anwendung von Waffengewalt verstoßen. In Zabern vorgekommen ist, ist die unverkennbarste Freiheitsberaubung, die je vorgekommen ist, verbunden mit Körperverletzung und sonstigen Unbilligkeiten.

Hg. Dr. Millin (Soz.): Dem Deutschland ist ein unbeschreiblicher Schaden zugefügt worden. Es war stets bestritten, die nationalen Gegenstände zu befestigen, aber der gestrige Tag war schlimmer als ein verlorenes Schlacht. Der Reichskanzler kann unmöglich von seinem Standpunkt übergeben sein, daß die Autorität der Gesetze ebenso zu schützen sei, wie die der Gewalten. Geschieht er aber nur die Militärverwaltung. Dazu pastierte dem Reichskanzler das Mißgeschick, daß er hinsichtlich der Bedeutung des Wortes „Mafes“ von seinem Freunde im Stiche gelassen wurde. Elässische Rekruten sind dauernd Beleidigungen ausgesetzt, ebenso wie die polnischen. Der Offizier hat keine besondere Ehre. Jeder Ehrenmann muß seinen Schild blank halten. Von Rekrutenehre hört man dagegen kein Wort. Forstner hätte dem elässischen Volk öffentlich Hilfe zu leisten müssen. Damit wäre der Arme am besten gebient gewesen. Jetzt wird auch der Mindeste einsehen, daß in Elsaß-Lothringen nicht so gute Zustände herrschen, wie man wünschen möchte.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Hg. Herzog (B. Vpt.): bedauert, daß er nicht mehr zu einer kurzen Erklärung seiner Partei zu Wort gekommen ist.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Ullrich und Genossen, auszusprechen, daß die Behandlung dieser Angelegenheit durch den Reichskanzler den Anschauungen des Reichstages nicht entspricht.

Für das Mißtrauensvotum stimmen die Volkspartei, Sozialdemokraten, Nationalliberalen, das Zentrum, die Polen und die Elsaß-Lothringier geschlossen, dagegen stimmen die Konservativen, die Reichspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung und außerdem der nationalliberale Hospitant Heistermann.

Das Mißtrauensvotum wird mit 293 gegen 54 Stimmen und 4 Stimmenthaltungen angenommen, was lebhafteste Beifallrufe links und im Zentrum hervorruft.

Darauf tritt Vertagung ein: Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: Sozialdemokratische Interpellationen über Arbeitslosigkeit und Denkschriftenversicherung. Schluß nach 5 1/2 Uhr.

Der Militär-Skandal in Zabern.

Vorstimmungen zu den gestrigen Reichstagsverhandlungen. Berlin, 4. Dez. Die „Voss. Ztg.“ schreibt: Ob sich Herr v. Bethmann Hollweg schon eine Vorstellung von den Wegen gemacht hat, die einzuschlagen sind, um den unabwehrbaren Schaden gut zu machen, den die gestrigen Ereignisse und Neben vom Bundesratsstische angerichtet haben? Was niemals war er von bewunderlicher Hilfslosigkeit und Unzulänglichkeit wie gestern. Er war, wie er sich ausdrückte, objektiv, aber er stützte sich auf den Bericht des Generalkommandos, ohne von dem Bericht des Statthalters zu erzählen. Er hatte einen bürgerlichen Ruf angelegt: er hätte Dragoneruniform anziehen sollen.

Das „Berl. Tageblatt“ faßt sich dahin zusammen: In der gestrigen Rede des Reichskanzlers befindet sich nicht ein einziges befriedigendes Wort. Die erste Mißbilligung erfährt der Reichskanzler vor Jahresfrist in der Enteisungsfrage. Diesmal stand die Westmarkenpolitik zur Debatte.

Die „Zöl. Rundschau“ führt aus: Eine härtere und unruhvollere Sitzung ist kaum in einem Parlament vorgekommen.

men. Es war ein Sturm nicht nur gegen die Regierung, sondern noch mehr gegen das Heer; ein schwarzer Tag.

Die „Post“ und die „Kreuzzeitung“ treten auf die Seite des Reichskanzlers. Die „Kreuzzeitung“ sagt: Die Rede des Reichskanzlers war erfreulich und wir hoffen auf Klärung und Beruhigung beitragen. Deshalb hätte sie schon lange kommen sollen. Von entscheidender Bedeutung war, daß der Reichskanzler den Mißstand des Militärs anerkannte, das nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, sich gegen direkte Angriffe zu schützen. Der Reichskanzler hätte mehr sagen müssen. Die Zivilverwaltung aber trägt an den Vorkommnissen der letzten Tage die Schuld, weil sie den Ausschreitungen der Zivilbevölkerung vom 8. bis 11. November nicht mit der nötigen Entschlossenheit und dem nötigen Nachdruck entgegengetreten sei.

„Germania“: Selbst der größte Optimismus wird erwartet haben, daß die Erörterung mit einem Mißtrauensvotum enden würde, wie es tatsächlich geschehen ist. Manches ist geschehen, was wir in mühevollen Jahren in den Reichstagen aufgebracht haben, und darum war es wohl am Platze, daß die Vertretung des deutschen Volkes sich die Frage vorlegte, ob sie nicht ihren Gefühlen durch ein Mißtrauensvotum deutlichen Ausdruck geben sollte.

„Vorwärts“: Wie soll man das nennen, was nun Wirklichkeit geworden ist? Es bedeutet, daß die Reden des Reichskanzlers und des Kriegsministers die offene Proklamation ist, daß im deutschen Reich militärische Gewalt vor Recht und Gesetz geht. Der Staatsbürger ist vogelfrei vor dem jüngsten Offizier, das ist der Grund, den Herr von Forstner nach seiner Rückkehr von Donaueschingen heute bejubelt hat. Die Bürger mögen dessen bedenken.

Die „Frankfurter Zeitung“ verlangt Verweigerung des Mißtrauensvotums.

Zum Verlauf der gestrigen Reichstags-Sitzung schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

Der Zaberner Fall hat sich durch die Behandlung, die er gestern im Reichstag durch den Kanzler und den Kriegsminister erfahren hat, zu einem schweren Konflikt zwischen der Regierung und dem Parlament ausgewachsen. . . . Was der Reichskanzler an konsequenter Behandlung der Zaberner Vorgänge fehlen ließ und so zu einer bejammernswerten schwächlichen Haltung herabdrückte, das suchte der Kriegsminister von seinem Standpunkte aus durch schändliches Draufgängerum zehnfach zu ersetzen. Wie hätten die Augen des Herrn v. Odenburg geleuchtet, wenn er noch im Reichstag sähe, als v. Forstner den berühmten „Leutnant mit den 10 Mann“ zu so ungehöriger Glorifizierung brachte. Es fehlte in seiner Verherrlichung des jungen Forstner, dessen Äußerungen jugendlichen Uebermut man seiner Meinung nach mit in Kauf nehmen muß, nur noch das Bedenke, daß der Forstnerschen Steckprämie. . . . Wer so spricht, wie der Kriegsminister es getan hat, der spricht entweder als ein Jargonführer oder er spricht unbedenklich leichtfertig. Der Kriegsminister beruft sich auf den „Sinn der Ordnung“, wenn er den Satz vertritt, die Armee könne vor solchen Elementen nicht zurückweichen, und erhöht damit das Gegenteil davon zum Grundsatze. Wer sind denn diese Elemente, von denen der Kriegsminister in diesem wegwerfenden Tone zu sprechen wagt? Nicht die Zaberner Bürger, die sich wahrhaftig tausendmal gestittet und vernünftiger benommen haben als ihre bewaffneten Angeifer, auch nicht diejenigen, die das brutale, rechtschändliche Vorgehen des Militärs kritisiert haben. Wir sehen die für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährlichen Elemente ganz wo anders, das nämlich, was man sich in krankhafter Ueberpannung militärischer Autoritätsbewußtseins zur Niederbrechung der bürgerlichen Rechtschaffenheit im Staat berleiten läßt. Dort liegt die wirkliche Gefahr, und ihr mit allen geordneten Mitteln entgegenzutreten, ist die Aufgabe, deren Erfüllung das Volk jetzt vom Reichstag erwartet und unbedingt fordert.

Er (der Kriegsminister) ist mit verantwortlich für den Bruch der Verfassung und die schwere Ueberbrechung der Gesetze, die in Zabern die militärische Stelle sich hat zuschulden kommen lassen. Seine Verteidigung dieses Vorgehens muß anreizend auf andere gleich gerichtete Stellen wirken, wenn nicht gar als eine Aufforderung, in eben solcher Weise zu handeln, wie es in Zabern geschehen ist. Was gestern in Zabern Herr v. Reuter wagen durfte, wird vielleicht morgen oder übermorgen ein anderer Reuter an anderem Orte tun. Die Sicherheit des Bürgers ist unter solchen Umständen gefährdet. Der Reichstag muß dagegen zu den stärksten Protestmitteln greifen, über die er verfügt. Es muß der Regierung zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Vertretung des deutschen Volkes ein Vorgehen, wie sie es in diesem Falle beliebt, unter keinen Umständen duldet, sollte es was es wolle. . . . Das Stück Papier, auf das die Mißbilligungsresolution geschrieben wurde, war heute eine dankeenswerte Tat, morgen wird es das nicht mehr sein, weil die außerordentliche Situation außergewöhnliche Maßnahmen fordert. Der Reichstag hat in durchaus richtiger Erkenntnis der ungeheuren Tragweite die Vertagung des Saals zurückgestellt, um die Zaberner Affäre zu besprechen. Der Reichstag hat damit die Bedeutung der Angelegenheit nachdrücklich herausgehoben. Nach dem, wie die Regierung zu ihr Stellung genommen hat, muß der Reichstag, wenn ihm nicht ein anderes ebenso wirksames Mittel zur Verfügung steht, die Inangriffnahme der Staatsberatung verweigern, ohne seine übrigen Arbeiten irgendwie zu unterbrechen, bis der verletzten Verfassung Genugtuung geschehen und klar zum Ausdruck gebracht worden ist, daß auch das Militär sich nicht über die Verfassung hinwegsetzen darf. Es muß sich dann zeigen, ob die Regierung den Konflikt mit dem Reichstag aufnehmen oder ob sie eine gerechte Lösung im Zaberner Falle dem vorgehen will. Will sie den Konflikt — und das wäre in dem Jahr der spendenden Militärs und der Jahrbuch-Erinnerung ein würdiger Abschluß — dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als den Reichstag aufzulösen und an die Wählerchaft zu appellieren, wenn nicht Herr v. Bethmann den einfacheren Weg vorziehen sollte, von einem Amte zurückzutreten, das er so, wie die Dinge liegen, u. G. nicht mehr mit Aussicht auf Erfolg weiterführen kann.

Die Opfer der Militärdiktatur von Zabern.

Der „Post“ wird gemeldet, daß in der Zaberner Angelegenheit gegen insgesamt 36 Einwohner der Stadt Straßersbach wegen Beleidigung von Offizieren und Mannschaften des Standortes eingeleitet worden sind.

Die „Post“ berichtet nicht, was mit dem Staatsanwalt und den Landrichtern, die ebenfalls der Soldateska in die Fingern gefaßt werden wird. Ob sie auch eine Anzeige zu erwarten haben?

Verhafteter Zeitungsberichterstatter.

Zabern, 4. Dez. Als heute mittag kurz vor 1 Uhr der Vertreter des Londoner Blattes Daily Mirror, Mr. A. Wyndham, auf der Straße den zufällig vorübergehenden Leutnant Schadt vom Inf.-Reg. 99 fotografiert hatte, veranlaßte der Leutnant einen Gendarmen, den englischen Zeitungsreporter festzunehmen, und seinen Apparat mit Platte zu beschlagnahmen, wobei es dem Engländer gelungen ist, den Zitierungssatz photographisch zu fixieren. Mr. Wyndham wurde dann zur Polizei mitgenommen, wo ihm auf Anordnung der Kreisdirektion einbeweilen muß

* Wiederabend Mhz-Gemeiner! Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr, findet im Eintrachtsaal der Wiederabend der weltbekanntesten Liedersängerin Lula Gemeiner statt.

Kommunalpolitik.

* Zum Rücktritt von Oberbürgermeister Dr. Wildens. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses wurde der Antrag des Stadtrats, das Rücktrittsgesuch des Oberbürgermeisters Dr. Wildens zu genehmigen und zwar unter Gewährung des vollen Gehalts in Höhe von 17 000 M. und unter Befassung seiner bisherigen freien Dienstwohnung in Anerkennung seiner großen Verdienste, mit allen gegen 7 Stimmen angenommen.

* Mannheimer Bürgermeisterei. Der Bürgerausschuss von Mannheim bewilligte in seiner Sitzung vom letzten Dienstag dem ersten Bürgermeister Ritter eine Gehaltserhöhung von 15 000 M. auf 18 000 M., ferner wurden die Gehälter der beiden anderen Bürgermeister v. Hollander und Dr. Finter in Würdigung ihrer bisherigen Tätigkeit auf 16 000 bzw. 14 000 Mark festgesetzt.

* Theaterdebatten im Mannheimer Bürgerausschuss. In der Bürgerausübung vom letzten Dienstag gab es wegen der kostspieligen Reinfizierung von Shakespeares „Sommerwachtstraum“ eine längere Theaterdebatte, wobei Intendant Bernau von Rednern aller Parteien wegen seiner eigenmächtigen Ueberschreibung scharf angegriffen wurde.

* Beschaffung 2. Hypotheken. Die augenblicklich so sehr aktuelle Frage der Beschaffung 2. Hypotheken beschäftigt auch den Grund- und Hausbesitzerverein Freiburg, welcher eine Kommission gebildet hat, die nun nach dem „Freiburger Tageblatt“ Sitzungen für eine Genossenschaft zur Beschaffung von 2. Hypotheken ausarbeitet, sodas die Gründung einer Genossenschaftsbank im Januar 1914 zu erwarten sein dürfte.

Letzte Nachrichten.

Protest-Versammlung.

Heidelberg, 4. Dez. Eine gestern abend hier abgehaltene Protestversammlung der Heidelberger Arbeiterschaft hat sich in einer Resolution in scharfer Weise gegen die Bekämpfung der von der Stadt geplanten Arbeitslosenfürsorge ausgesprochen.

Protestversammlungen gegen die Militärdiktatur.

Köln, 4. Dez. Angesichts der gestrigen Vorgänge im Reichstag hat die Kölner sozialdemokratische Parteileitung auf Sonntag Massenprotestversammlungen einberufen.

Kriegsstimmung in Amerika.

Washington, 4. Dez. Der Kongress stimmte über das Gesetz ab zur Bildung von Freiwilligen-Regimentern. Der Präsident erhält hiermit die Befugnis, zu einer kritischen Zeit, wenn er glaubt, daß ein Krieg bevorstehe, Aufrufe zur Einziehung von Freiwilligen zu erlassen.

Ein Polenprozeß.

Posen, 4. Dez. Gestern kam hier ein großer Polenprozeß zur Erledigung. Unter Aufsichtung eines selten großen Zeugen-Apparates hatten sich 35 polnische Kaufleute, Bürger, Angestellte und Arbeiter teils wegen tätlichen Widerstandes gegen die Polizei-Organe, teils wegen Angriffes und tätlicher Beleidigung zu verantworten.

Umfange der Anklage schuldig befunden und zu Strafen, die sich zwischen empfindlichen Geldstrafen und drei Monaten Gefängnis bewegten, verurteilt.

Eisenbahnerstreik in England.

London, 4. Dez. Der Streik auf der Great Western Bahn dehnt sich ständig weiter über Südwaales aus. Die Lokomotivführer von Cardiff haben beschloffen, sich dem Ausstand anzuschließen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Bekte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Winter; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Wächner und Installateure.) Samstag, 6. Dez., abends 8 1/2 Uhr, in d. „Fortuna“ Berufsversammlung. 5684

Karlsruhe. (Steinmetzenverband.) Samstag, 6. Dezember, findet unser diesjähriger Familienabend im Lokal statt. Anfang Punkt 8 Uhr. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen erjudet. 5689

Karlsruhe. (Arbeiter-Madfabrikanten „Solidarität“.) Samstag, 6. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal Monatsversammlung. Wegen wichtiger Tagesordnung ist ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder nötig. 5690

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 7. Dezember: A. Pfalz-tour: Bergabern, Stäffelsberg, Ruine Gutenberg, Pauliner Schloß, Weisenburg, Schlachtfelder. Abf. 5.47 Uhr (Hauptbahnhof), Abf. 5.56 Uhr Mühlburg nach Bergabern. Fahrpreis 1.65 M. Gehzeit 6 Std. B. Tages-tour: Marxzell, Döbel, Schwabenerwarte, Neuenburg. Abf. 6.40 Uhr (Hbf.). Fahrpreis 1 M. Gehzeit 4 1/2 Stunden. 5691

Heidelberg. (Sozialdem. Verein.) Am Samstag, 6. Dezember, Monatsversammlung mit Vortrag. 5689

Heidelberg. (Sozialdem. Verein.) Samstag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung im Lokal „Feiertage-heim Hof“. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Parteigenossen und Genossen erscheinen. Volksfreundleser sind willkommen. 5690

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Die für nächsten Samstag fällige Mitgliederversammlung fällt wegen anderweitiger Beschäftigung des Lokals aus. Der Termin, wenn dieselbe stattfindet, wird an dieser Stelle bekanntgegeben. 5692

Weingarten. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 6. d. M., abends 9 Uhr, im Lokal Mitgliederversammlung. Wir ersuchen um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. 5693

Gaggenau. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der „Volksbühne“ Versammlung mit Vortrag des Herrn Emil Rothweiler aus Karlsruhe. 5684

Durlach. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag, 7. Dez., vormittags 10 Uhr, im „Anker“ Versammlung mit Vortrag des Herrn Emil Rothweiler aus Karlsruhe. 5684

Egersweier. (Soz. Verein.) Sonntag, 7. d. M., nachm. 2 Uhr, findet in der Linde Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Rückblick über die Landtagswahlen. Ref. J. Winter-Offenburg. 2. Stellungnahme zur Reichstagswahl. 3. Wahl eines Delegierten zur Kreisversammlung in Offenburg. 4. Inneres. 5688

Der heutigen Auflage von Karlsruhe-Durlach sowie umliegenden Ortsteilen liegt eine Empfehlung der Mechanischen Heider- und Wälder-Fabrik Richard Bahr, Kronenstr. 49, Telefon 3067, bei, auf welche wir besonders hinweisen. 5700

Puppen-, Bären- und Spielwaren-Verkauf!

Auktionslokal Rüppurrerstr. 20.

Grosse Posten bessere Herren-Kleiderstoff-, Paletot-, Ulster-, Loden- und Kostüm-Reste sind enorm billig abzugeben. Kaisersstr. 133, 1 Treppe hoch Ecke Kaiser- und Kreuzstrasse Eingang bei der kleinen Kirche.

Billiges Wild-Angebot!

Diese Woche ist ein Wagon von den so sehr beliebten schlesischen Riesenhasen eingetroffen und verlaufe solange Vorrat zu nachfolgenden billigen Preisen:

Table with 2 columns: Item name and Price. Items include Schleifige Riesenhasen, große Hasenrücken, große Hasenschlegel, große Hasenragout, extra große Rücken, kleinere Hasen, wilde Kaninchen, Junger Edelhirsch u. Damwild, Rehe, Fasanenbühne u. Gemen, Schnecken, Krametsvögel, Wildenten, f. Maßgefägel, Fluß- und Seefische, Straßburger Bratgänse.

Nur kurze Zeit!

Im Auktionslokal Rüppurrerstr. 20

moderne elegante Ulster, Paletots, Boz-Mäntel, Capes, Anzüge, Joppen, Hosen für Herren, Burfchen und Knaben, sowie Damen-, Mädchen- und Kinder-Mäntel, schwarz u. farbig, Kostüme, Röcke, Blusen, Unterröcke, Hutformen in Filz, Samt und Plüsch, Straußfedern, Phantasies billig zum Verkauf.

Es bietet sich eine günstige Kaufgelegenheit!

J. Madlener, Auktionsgeschäft.

NB. Sonntags von 11 Uhr bis abends geöffnet.

Extra billige Angebote

Ulsters, Paletots, Boz. Mänteln, Capes, Anzüge, Beinkleidern für Herren, Burschen und Knaben.

Moderne Damen-Konfektion bringen wir zu staunend billigen Preisen zum Verkauf.

Freund & Comp.

Kaufhaus für billige Angebote.

Karlsruhe Waldhornst. 25 Eingang Kaiserstr.

Ettlingen Kronenstr.

Sonntags geöffnet.

Weihnachts-Preise für Winter-Schuhe

Table with 3 columns: Price (für 85 Pfg., für 1 85, für 2 85) and list of shoe types like Kamelhaar-Pantoffel, Militär-Tuch-Schuhe, Filz-Niedertreter, Kinder-Schnallen-Stiefel, Kamelhaar-Stoff-Hausschuhe, Kamelhaar-Stoff-Schnallenstiefel, Filz-Hausschuhe, Filz-Schnallen-Stiefel, gute Lederhausschuhe, Filz-Schnallen, Leder-Niedertreter, Filz-Schnürstiefel.

Josef Ettlenger Karlsruhe Kaiserstr. 48